Begründung

Zu Artikel I:

A. Anlass und Notwendigkeit für die Verabschiedung eines Nachtragshaushaltsgesetzes für das Haushaltsjahr 2004

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung des Monats Mai für das Jahr 2004 werden für Nordrhein-Westfalen 950 Mio. EUR Einnahmen gegenüber der bisherigen Planung ausbleiben; ferner sind aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen Mehrausgaben bei rechtlich notwendigen oder aus anderen Gründen zwangsläufigen Ausgaben zu erwarten.

Verändert werden mit dem Nachtragshaushaltsgesetz ausschließlich die Ansätze des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004, da trotz des Doppelhaushalts 2004/2005 beide Haushaltspläne rechtlich selbständige Einheiten darstellen. Eine Änderung auch des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 ist daher zum jetzigen Zeitpunkt aus Rechtsgründen nicht erforderlich.

Aus den Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben ergeben sich insgesamt nachfolgende Haushaltsverschlechterungen in Höhe von 1.097,7 Mio. EUR:

	Haushaltsverschlechterungen in Mio. EUR
Auswirkung der Steuerschätzung	950,0
Auslagen in Rechtssachen aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes	15,1
BaföG	9,3
Kostenerstattungen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	11,8
Offene Ganztagschule im Primarbereich	2,5
Luftsicherheitsgebühr und verschärfte Sicherheitsvorschriften	2,0
Zins- und Tilgungsleistungen Wohnungsbaudarlehen	23,2
Zuschuss Durchführung World Games	1,8
Einnahmen Beteiligung NRW.Bank	14,2
Zuschuss Finanzierungsgesellschaft Kapitalerhöhung West LB AG	17,5
Wohngeld	50,0
Sonstige	0,3
Summe	1097,7

Diese Haushaltsverschlechterungen können in ihrer Gesamthöhe von 1.097,7 Mio. EUR durch Kürzungen im Haushalt nicht mehr aufgefangen werden. Vor dem Hintergrund der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, welche schon bei der Feststellung des Doppelhaushalts 2004/2005 vorgelegen hat (vgl. Begründung zum Haushaltsgesetz 2004/2005 und Beschluss des Landtages vom 28.01.2004), würde das Land bei Kürzungen in der dargestellten Größenordnung die Nachfrage am Markt in konjunkturell nicht vertretbarem Maße einschränken. Weiterhin würde ein derartiges Vorgehen auch die mit dem Nachtragshaushalt 2003 eingeleitete und mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 fortgesetzte konjunktur- und finanzpolitische Leitlinie des Landes konterkarieren, wonach zusätzliche Sparanstrengungen nicht geeignet sind zur Abwehr der auch aktuell fortbestehenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Es ist daher konjunktur- und finanzpolitisch geboten, folgende haushaltspolitische Linie einzuhalten:

- Die steuerbedingten und steuerinduzierten Mehrbelastungen aufgrund der aktuellen Steuerschätzung werden durch zusätzliche Kreditaufnahmen in Höhe von 950 Mio. EUR finanziert.
- Die Haushaltsverschlechterungen, die nicht steuerinduziert sind, werden durch zusätzliche Einsparungen ausgeglichen. Dies sind 147,7 Mio. EUR. Damit folgt der Haushalt auf der Ausgabenseite der verlässlichen, stabilitäts- und konsolidierungsorientierten Linie. Die Einsparung von 147,7 Mio. EUR erfolgt durch globale Minderausgaben in Höhe von 67 Mio. EUR, Absenkung des Ausgabenansatzes für Kostenpauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahme-gesetz in Höhe von 39 Mio. EUR und geringere Zinsausgaben in Höhe von 41,7 Mio. EUR.

B. Zur Überschreitung der Regelobergrenze für die Kreditaufnahme und zur weiteren Erhöhung der Kreditaufnahme gemäß Art. 83 Satz 2 LV, § 18 Abs. 1 LHO

Das Ausgabevolumen des Nachtragshaushalts beträgt 48.685,7 Mio. EUR. Die eigenfinanzierten Investitionen betragen rd. 3.664,9 Mio. EUR, wobei die geplante Nettoneuverschuldung nunmehr mit 6.082,5 Mio. EUR anzusetzen ist. Die gemäß Art. 83 Satz 2 LV für den Regelfall maximal zulässige Kreditaufnahme (Verfassungsgrenze) wird infolgedessen um 2.417,6 Mio. EUR überschritten. Diese Überschreitung setzt sich wie folgt zusammen:

I. bisherige Überschreitung 2004 im Doppelhaushalt 2004/2005		1.491,5 Mio. EUR
II. zusätzliche Überschreitung aufgrund des Nachtragshaushalts 2004	1. erhöhte Kreditaufnahme	950,0 Mio. EUR
	2. abzüglich Steigerung der eigenfinanzierten Investitionen (neu: 3.664,9 Mio. EUR / bisher: 3.662,3 Mio. EUR)	-2,6 Mio. EUR
	3. abzüglich zusätzliche Tilgungsleistungen an den Bund	-21,3 Mio. EUR
	Summe 1. - 3.	926,1 Mio. EUR
III. Summe Überschreitung 2004		2.417,6 Mio. EUR

Per Saldo erhöht sich somit aufgrund des Nachtrags die Überschreitung der Regelobergrenze um 926,1 Mio. EUR.

Die Überschreitung der Regelobergrenze für die Kreditaufnahmen in dieser Höhe beruht auf folgenden Maßnahmen:

- zur Beibehaltung der öffentlichen Nachfrage werden die konjunkturell bedingten Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung von November 2003 in Höhe von 900 Mio. EUR nicht eingespart;
- zur Stärkung der öffentlichen Nachfrage werden die den Kommunen mit dem Nachtragshaushalt 2003 gestundeten Beträge in Höhe von 484 Mio. EUR bei den Zuweisungen aus dem Steuerverbund 2003 bis zum Jahre 2005 weiter gestundet; dies bedingt eine Aufstockung der Mittel des Steuerverbundes in 2004 um 484 Mio. EUR;
- die Mindereinnahmen des Landes aufgrund des teilweisen Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform in Höhe von 653 Mio. EUR werden in Höhe von 107,5 Mio. durch zusätzliche Kreditaufnahmen ausgeglichen, um die Nachfrage des Landes zur weiteren Stärkung der Konjunktur nicht einzuschränken.
- ebenfalls zur Beibehaltung der öffentlichen Nachfrage sollen die aktuellen Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung vom Mai 2004 in Höhe von 950 Mio. EUR nicht eingespart werden. Die Verfassungsgrenze wird unter Einbeziehung der zuvor genannten Besonderheiten um 926,1 Mio. EUR überschritten.

Nach Artikel 83 Satz 2 LV in Verbindung mit § 18 Abs. 1 LHO darf die Regelobergrenze für die Kreditaufnahme bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschritten werden, soweit die erhöhte Kreditaufnahme dazu bestimmt und geeignet ist, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist im Gesetzgebungsverfahren zur Feststellung des Haushaltsplans darzulegen.

1. Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

Eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts liegt vor, wenn einzelne oder mehrere der in § 1 Satz 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) genannten Ziele

- Stabilität des Preisniveaus,
- hoher Beschäftigungsstand,
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht und
- stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

ernsthaft und nachhaltig beeinträchtigt werden oder wenn ein solcher Zustand droht.

Bereits im Zuge des im Januar dieses Jahres abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahrens zur Feststellung des Doppelhaushalts 2004/2005 ist ausführlich dargelegt worden, dass die für das Jahr 2003 festgestellte Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in NRW länger als erwartet anhält und daher auch das Jahr 2004 zu belasten droht. Grundlage für diese Prognose waren das anhaltend schwache Wirtschaftswachstum sowie die damit einhergehende negative Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Nach den im bisherigen Jahresverlauf vorgelegten wirtschaftlichen Eckdaten erscheint die seinerzeitige Einschätzung mehr denn je begründet:

Die Deutsche Wirtschaft hat die seit etwa drei Jahren andauernde Stagnationsphase noch immer nicht endgültig überwunden. Das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist 2003 um 0,1 Prozent zurückgegangen. Die Abnahme der Wirtschaftsleistung lag somit im Rahmen der von der Bundesregierung im Oktober vergangenen Jahres nach unten korrigierten konjunkturellen Erwartungen, die für 2003 von einem realen „Nullwachstum“ ausgingen. Dieses Resultat markiert zugleich die schlechteste Veränderungsrate seit dem Rezessionsjahr 1993 (minus 1,1 Prozent).

Inzwischen sind auch die Wachstumserwartungen für 2004 und 2005 weiter abgesenkt worden. Die Bundesregierung rechnet für das laufende Jahr mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 1 ½ Prozent. Der Prognosewert bewegt sich damit nunmehr am untersten Rand der noch in der Herbstprojektion 2003 für möglich erachteten Bandbreite von 1 ½ bis 2 Prozent. Damit entspricht die Wachstumseinschätzung für 2004 den aktuellen Prognosen des Sachverständigenrates sowie der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Frühjahrgutachten). Für 2005 wird nach aktueller Einschätzung der Bundesregierung von einem realen Wirtschaftswachstum von rd. 1 ¾ Prozent ausgegangen (Frühjahrgutachten: rd. 1 ½ Prozent).

Erste vorliegende Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2004 deuten zwar auf eine Belebung der konjunkturellen Entwicklung hin. Bei der Interpretation der sich im Vorjahresvergleich ergebenden Wachstumsrate von real 1,5 Prozent ist jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund des Schaltjahres ein Arbeitstag mehr zur Verfügung stand. Ohne diesen Kalendereffekt hätte die Wachstumsrate im Berichtsquartal lediglich knapp 1 Prozent erreicht. Außerdem ging der Wachstumsimpuls im Wesentlichen von einem starken Anstieg des Exportüberschusses (Außenbeitrag) aus, während die Entwicklung der inländischen Verwendung, insbesondere des privaten Konsums, nach wie vor auf unbefriedigendem Niveau verharrte. Das positive Berichtsergebnis des ersten Quartals kann somit nicht als eindeutiger Beleg für ein endgültiges Verlassen der konjunkturellen Talsohle gewertet werden. Eine breite Basis für eine dynamischere konjunkturelle Aufhellungstendenz, insbesondere im besonders wichtigen Bereich des privaten Konsums, ist in jedem Fall derzeit noch nicht erkennbar.

Es erscheint daher nach wie vor geboten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen um sicherzustellen, dass die Wachstumsschwäche der zurückliegenden Jahre nachhaltig überwunden werden kann. Dies gilt umso mehr, als trotz der ersten sichtbar gewordenen konjunkturellen Aufhellungstendenzen für 2004 jahresdurchschnittlich mit einer leichten Abnahme der Erwerbstätigkeit zu rechnen ist. Eine spürbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte somit - die Realisierung der aktuellen Wachstumserwartungen im laufenden Jahr vorausgesetzt - erst 2005 zu verzeichnen sein.

NRW ist von der negativen Wirtschaftsentwicklung in besonderem Maße betroffen. Vor allem aufgrund des fortdauernden Umstrukturierungsprozesses in großen Teilen des Landes (Ruhrgebiet) fiel das wirtschaftliche Wachstum in NRW in den letzten Jahren niedriger als im Bundesgebiet (West) insgesamt aus. Dieser Trend hat sich nach den bisher vorliegenden regionalisierten Ergebnissen auch 2003 fortgesetzt. Während das reale Bruttoinlandsprodukt der westlichen Flächenländer (ohne NRW) 2003 das Niveau des Vorjahres halten konnte, nahm die Wirtschaftsleistung in NRW um 0,4 Prozentpunkte ab.

Dies spiegelt sich auch in der hiesigen Arbeitsmarktsituation wider. 2003 lag die auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogene jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in NRW bei 10,0 Prozent. Sie war damit um 1,6 Prozentpunkte höher als die entsprechende Quote für Westdeutschland insgesamt. Auch die bisherige Arbeitsmarktentwicklung des laufenden Jahres deutet nicht auf eine Entspannung hin. Mit rd. 912.000 Ende April lag der Arbeitslosenstand sogar noch oberhalb des Höchststands in den neunziger Jahren (April 1997: rd. 888.000).

Vor diesem Hintergrund besteht für 2004 auch unter Berücksichtigung des neuen gesamtwirtschaftlichen Daten- und Prognosekranzes die Sorge fort, dass in NRW sowohl das Wachstums- als auch das Beschäftigungsziel erneut verfehlt werden könnte. Aus § 1 StWG ergibt sich zudem für das Land NRW die Verpflichtung, bei seiner Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen und dem für 2004 drohenden Fortbestand der Störungslage entgegenzuwirken. Als größte Gebietskörperschaft nach dem Bund kann sie entscheidend mit dazu beitragen, dass das für Deutschland insgesamt erwartete reale Wirtschaftswachstum von rd. 1 ½ Prozent - als erster wichtiger Schritt hin zu kräftigeren Expansionen in den Folgejahren - 2004 auch tatsächlich erreicht werden kann.

2. Eignung der erhöhten Kreditaufnahme zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

Die schon mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 ergriffenen und mit diesem Nachtragshaushalt fortgeführten Maßnahmen sind dazu bestimmt und geeignet, der für 2004 fortbestehenden Störungslage entgegenzuwirken.

Ein höheres Wachstum sowie mehr Beschäftigung werden entscheidend vom Anstieg der privaten und öffentlichen Investitions- und Konsumnachfrage bestimmt. Von daher sind zum einen Maßnahmen erforderlich, die zu einer Stärkung der privaten und öffentlichen Nachfrage und damit zu einer höheren Wachstumsrate führen. Zum anderen darf das Land NRW zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung seine öffentliche Nachfrage nicht durch zusätzliche Sparmaßnahmen einschränken, sich also nicht prozyklisch verhalten.

a) Maßnahmen zur Stärkung der privaten und öffentlichen Nachfrage

Zur Stärkung der privaten Nachfrage trägt nach Überzeugung der Landesregierung das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von 2005 teilweise nach 2004 und die dadurch eintretende steuerliche Entlastung bei.

Zur Stärkung der öffentlichen Nachfrage werden den Kommunen als Hauptträger der öffentlichen Nachfrage vor Ort die mit dem Nachtragshaushalt 2003 und dem Doppelhaushalt 2004/2005 kreditierten Zuweisungen aus dem Steuerverbund in einer Höhe von insgesamt 690 Mio. EUR gestundet.

Aufgrund der Steuerschätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom Mai 2004 werden die Steuereinnahmen des Landes NRW im Jahre 2004 gegenüber der November-Schätzung 2003 um rd. 950 Mio. EUR geringer ausfallen. Hieran sind die Kommunen über den Steuerverbund mit rund 225,9 Mio. EUR beteiligt. Dieser Betrag wird den Kommunen ebenso wie die sich aus den beiden zurückliegenden Steuerschätzungen aus dem Jahr 2003 ergebenden konjunkturell bedingten Verschlechterungen bei den Zuweisungen aus dem Steuerverbund gestundet, um die Finanzkraft der Kommunen und damit die öffentliche Nachfrage im Jahre 2004 zu stärken. Da der Steuerverbund 2005 wegen der bisherigen Stundungen bereits mit Verrechnungen in Höhe von 690 Mio. EUR belastet ist, erfolgt die Abrechnung des Betrages von 225,9 Mio. EUR erst im Jahr 2006.

b) Keine Einschränkung der öffentliche Nachfrage durch zusätzliche Einsparungen des Landes

Der Ausgleich der aktuell aufgetretenen Haushaltsverschlechterungen in Höhe von insgesamt 1.097,7 Mio. EUR soll nur zu einem geringen Teil durch zusätzliche Einsparungen, zum ganz überwiegenden Teil aber durch eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen; die Kreditaufnahme wird daher nochmals um 950 Mio. EUR erhöht. Eine Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in dieser Höhe würde den positiven Effekt des teilweisen Vorziehens der Steuerreform zum Teil wieder zu Nichte machen. Durch den Verzicht auf diese Einsparungen sollen daher negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung im Land NRW vermieden werden. Aufgrund dieser Zielsetzung ist daher die erhöhte Kreditaufnahme in Höhe der Steuerausfälle und der damit zusammenhängenden Stundung gegenüber den Kommunen dazu bestimmt und geeignet, die Fortsetzung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Jahre 2004 abzuwehren.

Das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von 2005 nach 2004 führt für NRW zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 848 Mio. EUR. Hieran sind die Kommunen über den Steuerverbund mit rd. 195 Mio. EUR beteiligt. Das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform belastet den Landeshaushalt daher netto mit rund 653 Mio. EUR. Es muss sichergestellt sein, dass auch in dieser Höhe ein gesamtwirtschaftlicher zusätzlicher Nachfrageeffekt eintritt, um die zusätzliche private Nachfrage aufgrund des teilweisen Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform nicht durch eine verminderte öffentliche Nachfrage teilweise zu kompensieren.

Insgesamt ist daher die Überschreitung der Regelobergrenze für die Kreditaufnahme in Höhe von 2.417,6 Mio. EUR dazu bestimmt und geeignet, die Fortsetzung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Jahre 2004 abzuwehren.

Die Überschreitung der verfassungsrechtlichen Regelobergrenze in der Höhe von 2.417,6 Mio. EUR setzt sich damit wie folgt zusammen:

I. bisherige Überschreitung der Verfassungsgrenze	1. aufgrund des teilweisen Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform	107,5 Mio. EUR
	2. zum Ausgleich konjunktureller Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuerschätzung November 2004 (einschließlich 206 Mio. EUR Kreditierung an die Kommunen)	900,0 Mio. EUR
	3. aufgrund Verlängerung der Kreditierung Steuermindereinnahmen im Steuerverbund aufgrund der Steuerschätzung November 2003	484,0 Mio. EUR
	Summe 1. - 3.	1.491,5 Mio. EUR
II. zusätzliche Überschreitung der Verfassungsgrenze	aufgrund des aktuellen Nachtrags 2004	926,1 Mio. EUR
III. Überschreitung insgesamt		2.417,6 Mio. EUR

Einzig Alternative zur weiteren Überschreitung der verfassungsrechtlichen Regelobergrenze wären Einsparungen bei konsumtiven Ausgaben in Höhe von rd. 2.418 Mrd. EUR gewesen.

Zur Erzielung von Einsparungen bei konsumtiven Ausgaben in dieser Größenordnung wären Einsparungen in folgenden Bereichen in Betracht gekommen:

1. im Bereich der Personalausgaben:

Im Hinblick auf die bereits eingestellten Einsparungen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit, der Absenkung der Sonderzuwendung und der Abschaffung des Urlaubsgeldes in Höhe von 464 Mio. EUR wären für den Haushalt 2004 weitere Einsparungen nur noch durch eine weitere Absenkung der Sonderzuwendung möglich gewesen. Eine vollständige Abschaffung der Sonderzuwendung hätte – soweit sie rechtlich überhaupt zulässig wäre – Einsparungen in Höhe von weiteren rd. 400 Mio. EUR zur Folge, die sich jedoch auf die private Nachfrage unmittelbar negativ auswirken würden.

Ein genereller Einstellungsstopp für das Jahr 2004 hätte zur Folge, dass 8000 Einstellungen – davon allein 7000 im Lehrerbereich – nicht hätten vorgenommen werden können, wodurch Einsparungen in Höhe von 160 Mio. EUR aufkommen würden. Ein genereller Einstellungsstopp würde aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar verschärfen. Wenn auch das Land nicht in einer Größenordnung Kräfte vom Arbeitsmarkt aufnimmt, die zu einer deutlichen Reduzierung der Arbeitslosenzahl führen würde, so wäre das damit gesetzte Zeichen jedoch negativ. Jede – auch eine psychologische – Verschlechterung des Klimas auf dem Arbeitsmarkt sollte in der jetzigen Situation unterbleiben.

2. im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben:

Die Summe der im Haushaltsplanentwurf etatisierten sächlichen Verwaltungsausgaben beträgt rd. 3 Mrd. EUR. In dieser Summe sind rechtlich gebundene Ausgaben für zu zahlende Mieten in Höhe von rd. 1 Mrd. EUR und für Auslagen in Rechtssachen in Höhe von 363 Mio. EUR enthalten. Die verbleibenden sächlichen Verwaltungsausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich. Würde man gleichwohl hier Kürzungen vornehmen, so wären auch hiervon negative Wachstums- und vor allem Beschäftigungseffekte zu erwarten, denn das Land NRW tritt auch im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben als Nachfrager auf dem Markt auf. Beispielsweise sind hier zu nennen: Büroausstattungen, ADV-Ausstattungen, technische Geräte für die verschiedensten Bereiche der Landesverwaltung und die verschiedenartigsten Beschaffungen für den Bereich der Polizei. Eine Reduzierung der Nachfrage des Landes könnte gerade bei den auf diese Marktsegmente ausgerichteten Firmen zu beträchtlichen Beschäftigungseinbrüchen führen. Ferner würden Einsparungen bei personalwirtschaftlich relevanten Ansätzen wie Reinigung und Dienstleistungen durch Dritte unmittelbar zu Arbeitsplatzverlusten führen.

3. im Bereich der Fördertatbestände, soweit noch keine rechtlichen Festlegungen erfolgt sind:

Im Bereich der institutionellen Förderung sowie der personalkostenbezuschussenden Maßnahmen wurden die Ansätze gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 um 20 v. H. abgesenkt. Eine weitere Reduzierung hätte in diesen Bereichen unmittelbar negative Beschäftigungswirkungen zur Folge, da die Zuwendungsempfänger ihr Personal entlassen müssten. Im Hinblick auf die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ist daher eine weitere Absenkung, durch die - bei vollständiger Reduzierung der Förderung – 500 Mio. EUR hätten eingespart werden können, unterblieben.

4. bei der Höhe der Zuweisungen an die Kommunen im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes:

Zur Erzielung von Einsparungen bei konsumtiven Ausgaben in Höhe von rd. 2.418 Mrd. EUR hätten unter Berücksichtigung der vorgenannten möglichen Einsparungen im Bereich der konsumtiven Zuweisungen an die Kommunen Einsparungen in Höhe von rd. 1.358 Mio. EUR vorgenommen werden müssen. Einsparungen in dieser Größenordnung bei den Hauptträgern der öffentlichen Nachfrage vor Ort hätten aber unmittelbar negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung, da dann Beschaffungen unterbleiben bzw. kommunale Einrichtungen geschlossen werden müssten.

Die weitere Erhöhung der Netto-Neuverschuldung über die Regelobergrenze hinaus ist daher dazu bestimmt und geeignet, die Fortsetzung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts im Jahre 2004 abzuwehren.

C. Die Änderungen im Einzelnen

Zu Nrn. 1, 2, 7 und 8:

Die Änderungen sind die Folge der Ansatzänderungen in den Einzelplänen.

Zu Nr. 3:

Die Landesregierung hat beschlossen, die Anteile des Landes an der LEG NRW GmbH (Anteile der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH NRW an der LEG NRW GmbH) nicht zu veräußern. Hinsichtlich der dem Land zustehenden Restkaufpreisforderung aus der früheren Veräußerung der LEG-Anteile an die BVG wird eine abschließende Regelung dahingehend herbeigeführt, dass die Restkaufpreisforderung in Eigenkapital umgewandelt werden kann.

Dem entspricht die nunmehr vorgesehene Ermächtigung. Von der Ermächtigung soll jedoch erst nach Klärung der mit der Umwandlung in Eigenkapital verbundenen steuerlichen Auswirkungen Gebrauch gemacht werden.

Zu Nr. 4:

Bei der Entwicklung der Konzepte und bei Gesprächen mit Kreditinstituten und anderen Finanzintermediären hat sich gezeigt, dass die bestehende Garantiermächtigung in Höhe von 60 Mio. EUR nicht ausreicht, um alle förderwürdigen Projekte bzw. Projektvorschläge begleiten zu können. Um ein umfassendes Konzept zur Finanzierung des Mittelstandes durch innovative Finanzierungsformen, d.h. ohne verlorene Zuschüsse, zu ermöglichen und die in der Entwicklung und Verhandlung befindlichen Projekte 2004 realisieren zu können, ist eine Ermächtigung zur Übernahme von Garantien in Höhe von 150 Mio. EUR erforderlich.

Zu Nr. 5:

Die Ermächtigung ist erforderlich, damit das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Verhandlungen zur beabsichtigten Veräußerung des Materialprüfungsamtes aufnehmen kann. Zusätzlich werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rückkehrgarantie der Beschäftigten für den Fall eines Arbeitsplatzverlustes in den Landesdienst geschaffen.

Zu Nr. 6:

Aufgrund eines mit der EU-Kommission abgeschlossenen Fördervertrages hat sich das Land NRW (vertreten durch den Ministerpräsidenten, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) als Projektträger verpflichtet - stellvertretend für die teilnehmenden 28 Partnerregionen – die finanzielle Gesamtverantwortung für den ordnungsgemäßen Einsatz der EU-Mittel und die finanzielle Haftung für die Gesamtsumme zu übernehmen. Hierzu ist eine haushaltsgesetzliche Ermächtigung erforderlich.

Zu Artikel II:

Zu Nrn. 1:

Die Inhaltsübersicht wurde hinsichtlich der Änderung der Überschriften des § 19 (siehe auch Nrn. 4 und 5) und des § 36 (siehe auch Nr. 6) redaktionell angepasst.

Zu Nr. 2:

Die Steuerschätzung aus Mai 2004 hat bei den für den Steuerverbund relevanten Steuern Einnahmerückgänge von insgesamt 982 Mio. EUR ergeben. Als Folgewirkung reduziert sich die originäre Steuerverbundmasse 2004 um 225,86 Mio. EUR. In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage der Kommunen wird in 2004 von einer Belastung der Kommunen mit diesem Minderbetrag abgesehen. Die Mittel des Steuerverbundes 2004 werden aus dem Landeshaushalt um 225,86 Mio. EUR aufgestockt; die Verrechnung wird im Rahmen des Steuerverbundes 2006 erfolgen.

Zu Nr. 3:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23.12.2003 ist in Artikel III auch das Gemeindefinanzreformgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 2001 (BGBl. I S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juni 2003 (BGBl. I S. 862), geändert worden. Danach mindert sich zum 01.01.2004 der Gesamtvervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage von 114 vom Hundert in 2003 auf nur noch 82 vom Hundert in 2004.

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2005 fällt die Referenzperiode zur Ermittlung der Steuerkraft vom 01.07.2003 bis 30.06.2004 damit in zwei deutlich unterschiedlich mit Gewerbesteuerumlage belastete Zeiträume. Dies muss zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten bei der Steuerkraftberechnung, die darüber hinaus auch umlagerelevant ist, berücksichtigt werden. Die Änderung trägt dem Rechnung.

Zu Nrn. 4 und 5:

Bei der Änderung der Überschrift des § 19 handelt es sich um eine redaktionelle Änderung. Bei der erstmaligen Einführung der Sportpauschale in das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2004/2005 beabsichtigte der Gesetzgeber, die gleichen Verwendungszwecke wie bei der in § 18 GFG 2004/2005 ausgewiesenen Schulpauschale einzuführen. Bei der Gesetzesfassung des § 19 Abs. 1 ist der Aspekt „Miete und Leasing“ versehentlich nicht berücksichtigt worden. Dies wird hiermit korrigiert.

Zu Nr. 6:

Mit dem Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 ist in Artikel V das Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 640), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2003 (GV. NRW. S. 808), in "Gesetz über den Regionalverband Ruhr (RVRG)" umbenannt und neu gefasst worden. Dieses Gesetz tritt am 01.10.2004 in Kraft.

Während der Geltungsdauer des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 trägt der Kommunalverband demnach zwei unterschiedliche Namen; bis zum 30.09.2004 „Kommunalverband Ruhrgebiet“; ab 01.10.2004 „Regionalverband Ruhr“. Die Änderungen tragen dem Rechnung.

Zu Nr. 7:

Folgeänderung aus Nr.2.

Zu Artikel III.

Dieser Artikel enthält die In-Kraft-Tretensklauseln.